

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 2500.—
in den Ausgabestellen 2600.—
durch Zeitungsverkäufer 2700.—
am Postamt 3000.—
ins Ausland 4600 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher:
2273, 3110.

Tele.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Polen: Nr. 200293 in Posen.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung, der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens.... 100.— M.
Reklameteil. 300.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 100.— v. M.
in deutscher Währung nach Kurs. Reklameteil 300.— v. M.

Frieden oder Krieg?

Eine unaemisse Bedrohung liegt seit dem Einmarsch der Franzosen im Ruhrgebiet und dem fast gleichzeitigen Eindringen der Litauer ins Memelland über Mitteleuropa und auch über Polen. Man fühlt es instinktiv, daß dieser Schritt, besonders weil er auf deutscher Seite auf die entschiedenste Ablehnung stieß, zu ganz ungeahnten Folgen führen kann. Ist doch Poincaré schon seit längerer Zeit bemüht, engere Bande mit den neugeschaffenen Staaten Mittel- und Osteuropas zu knüpfen und diese so fest an Frankreich zu fesseln, daß sie zu blinden Werkzeugen seiner Politik würden. Gleich nach dem Bruch der Ententeaemeinschaft richtete er Telegramme nach Warschau, Prag, Belgrad und Bukarest mit einer Mahnung, nunmehr nach dem Aufhören des englisch-französischen Zusammenwirkens für Frankreich zu optieren und dessen Politik tatkräftig zu unterstützen. Zuerst sagte Belgrad ab, das gegen einen erwarteten italienischen Angriff rüstet und sein ganzes Augenmerk auf die Adriaküste richtet. Rumänien kommt schon wegen seiner entfernten Lage nicht in Betracht. In Prag stellte man als Entgelt für ein von Poincaré gewünschtes, etwaiges Unternehmen gegen Sachsen eine Forderung, von der man wußte, daß sie nicht erfüllbar war, nämlich eine gehörige Anteihe zu Kriegszwecken. Bei der gegenwärtigen schlechten Finanzlage Frankreichs war damit natürlich von vornherein nicht zu rechnen. So trog auch diese Hoffnung den betriebenen Abteilungen an der Seine.

Ebenso hat er bei der gegenwärtigen Regierung Polens nicht die geringste Gegenliebe gefunden. Der Ministerpräsident General Sikorski erklärte einem Vertreter der polnischen Telegrammenagentur, daß alle Nachrichten nicht nur über ein tätiges Eingreifen Polens, sondern auch über eine besondere Sicherung der polnischen Grenzen jeder Grundlage entbehren. Er wies zugleich darauf hin, daß diese alarmierenden Nachrichten aus einer der Regierung feindlichen, ihm aber wohl bekannten Quelle hervorgegangen sind. Die jetzige innere Lage Polens aber und seine guten Beziehungen zu den Nachbarn geben keinen Anlaß, die Möglichkeit eines dauerhaften Friedenszustandes in Frage zu stellen.

Die ganzen verwerflichen, phantastischen Gerüchte, die die Bevölkerung in Aufregung versetzen, die ganze Alarmstimmung und die „Tatarennachrichten“ sind natürlich absichtlich vom Lager der Rechten aus erzeugt worden. Der Wunsch ist hier der, daß der Gedanke. Man möchte gar zu gern eine chaotische Verwirrung, um dann im Trüben zu fischen und eine sogenannte „Regierung der nationalen Einheit“ zur Verschönerung der angeblich drohenden Gefahr bilden. Auf diesem Wege würde man der Rechten, die ihrer Meinung nach allein imstande wäre, das heranrückende Unheil zu beschwören, die Herrschaft in die Hand spielen. Wenn die Rechte freie Hand bekäme, so würde sie sicherlich Dispreußen überfallen und gegen Danzig vorgehen. Das sind keine aus der Luft gegriffenen Verdächtigungen. Nein, tatsächlich hat in der letzten Sitzung des Sejmatschusses für auswärtige Angelegenheiten ein Führer der Rechten, der Chefredakteur der „Kierpos-polita“, Herr Stroński, den Antrag gestellt, Polen solle in derselben Weise wie Litauen gegen das Memelgebiet, seinerseits gegen Danzig vorgehen. In solcher Weise gedenken also die Leute von der Rechten den Vertrag von Versailles zu zerreißen.

Die außerordentlich franzosenfeindliche Haltung der Blätter der Rechten ist ja bekannt. Ging doch ein Posener Blatt so weit, die Besetzung Belgiens und völlige Vernichtung Deutschlands als Verlust des Tages und vom Interesse Frankreichs gefordert hinzustellen. Soweit ging allerdings nur ein einzelnes, ziemlich unbedeutendes Blatt. Sonst aber machen sich jedenfalls die Blätter der Rechten die französische Haltung ganz und gar zu eigen, und auch die der Linken finden nur ab und zu ein Wort der Kritik an Herrn Poincarés Kriegs- und Siegestaumel. In Paris weiß gegenwärtig Korfanti, der mit dem Präsidenten der französischen Republik, Millerand, mit Poincaré sowie mit Marschall Foch eingehende Besprechungen hatte. Daß Korfanti etwa irgend einen Auftrag der polnischen Regierung mit sich führte, kann wohl als ausgeschlossen gelten. Vielmehr sucht sich der „große Patriot“ wieder einmal in der großen Politik bemerkbar zu machen, nachdem er im vorigen Sommer als Ministerpräsident so lang- und kluglos erledigt wurde. An Zusammenarbeit mit den Franzosen ist er ja von seiner Tätigkeit in Oberschlesien her gewöhnt, und als Vorsitzender im Ausschüsse der polnisch-französischen Gesellschaft, die die früher preußisch-fiskalischen Gruben verwaltet. Nach den vorliegenden Meldungen, die das „Pos. Tageblatt“ geteilt wiederzugeben haben die Oberhäupter Frankreichs den Wunsch geäußert, Korfanti möge seinen Einfluß auf die Erfüllung des polnisch-französischen Vertrages geltend machen, der Polen zum Eingreifen bei Nichterfüllung des Friedensvertrages oder ausbrechenden Aufständen in Deutschland verpflichtet. Es scheint also, als ob man in Paris von dem Einfluß des Herrn Korfanti sehr viel hält. Natürlich wird Herr Korfanti auch eine gehörige Summe von Agitationsgeldern mitbringen, und wir werden es weiterhin erleben, daß die Rechte in Vereinen, Volksversammlungen und in der Presse eine den Kriegen als gefährdet hinstellende und ihn dadurch gerade gefährdende Agitation für ein Eingreifen Polens unternehmen wird. In dieser Weise versteht die Rechte das Wohl des polnischen Staates. Daß der Ministerpräsident der wirklich als Sachverständiger

für militärische Fragen gelten kann, den Gedanken an einen Krieg weit von sich weist, macht auf die Rechte gar keinen Eindruck. Stroński fordert zur Besetzung Danzigs auf, und Korfanti arbeitet in Paris im Einklang mit der französischen Regierung an kriegerischen Plänen. Jeder ruhige und vernünftige Bürger Polens weiß also, von wem das Heil und eine friedliche, gesunde Entwicklung der Verhältnisse zu erwarten ist. Die Agitation des Westmarkenvereines aber, die von ungünstigen und ungeliebten Grenzen, von einer von Dispreußen her drohenden Gefahr u. s. w. spricht und so nebenbei ziemlich deutlich nahelegt, diese mit Waffengewalt zu verbessern, muß geradezu als staatsgefährlich gekennzeichnet werden.

Der Druck Frankreichs auf Polen.

Die Agentur bringt unter dem 22. Januar folgende Meldung: Die deutsche Presse stellt mit daß sich die französische Regierung

bemüht habe, das Kohlen Syndikat im polnischen Teile Oberschlesiens zu bewegen, die Kohlenlieferungen nach Deutschland einzustellen. Die deutsche Presse stellt fest, daß sich die polnische Regierung diesen Bemühungen gegenüber streng neutral verhalte, sowie daß das Syndikat einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland für notwendig erachte und daß Art. 90 des Versailler Vertrages Polen verpflichte, an Deutschland Kohle zu verkaufen. Außerdem notiert die deutsche Presse das Gerücht, daß Frankreich in Warschau seiner Unzufriedenheit über das passive Verhalten der polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet Ausdruck gegeben haben sollte. Von polnischer Seite soll als Antwort darauf hingewiesen worden sein, daß sich die polnischen Bergleute schon seit einer Reihe von Generationen im Ruhrgebiet angesiedelt hätten und die polnische Sprache sprächen und polnische Sitten beobachteten, daß sie sich aber in erster Linie als Arbeiter betrachten, denen es um Verdienstmöglichkeit geht.

Ein Vertrauensvotum für Kabinett Sikorski.

Sikorski hat bei der Abstimmung im Sejm am Dienstag mehr einen Sieg der Überraschung als einen zwischen den Parteien wohlvermerkten Abstimmungserfolg davongetragen. Nach seinem Schlußwort betrat der Abgeordnete Dajński (P. S.) noch einmal die Rednerbühne zu kurzen Ausführungen, die in der Unruhe des Hauses fast völlig verloren gingen. Unmittelbar darauf beantragte Sejmarschall Rataj die Abstimmung. Die Fraktionen mit Ausnahme der Rechten, der Ukrainer, eines Kommunisten und einiger Mitglieder des jüdischen Klubs erhoben sich, und der Sejmarschall konstatierte nunmehr die einfache Mehrheit, die von dem Hause mit Beifall aufgenommen wurde. Vielen Abgeordneten, insbesondere der Minderheiten, kam es erst jetzt zum Bewußtsein, daß es sich tatsächlich um die Abstimmung über das Regierungsexposé gehandelt hatte. Sie waren vielfach der Ansicht gewesen, daß es sich um einen Vertrauensantrag handelte, über den abgestimmt wurde.

Über den Verlauf der Sitzung teilt uns unser Warschauer Sonderberichterstatter telephonisch mit:

Als erster Redner bei der Eröffnung der Dienstagssitzung des Sejm um 12 Uhr mittag sprach der Abgeordnete Spidermann von der Deutschen Fraktion, der in würdiger Form die Wünsche und Forderungen der Deutschen vortrug. Er betonte, daß die Deutschen schon oft und dringend auf die Bundesversammlung hätten, die Sikorski in seinem Exposé gekennzeichnet hätte, aber wenn sie davon gesprochen hätten, dann sei es ein Verbrechen gewesen, und die Schriftleiter der deutschen Zeitungen seien wegen Verbreitung falscher Tatsachen oder wegen Verletzung einer angeblichen noch rechtsgültigen Kriegsverordnung zu schweren Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt worden. Unnachlässig rechnete er mit den nationalen und chauvinistischen Methoden ab, die alle fremdstämmigen Elemente in Polen als staatsgefährlich vernichten wollen und die jede Stellungnahme der nationalen Minderheiten als unerlaubte Einmischung in die Geschäfte des polnischen Staates brandmarken. Diese Methoden seien mit daran schuld, daß das Vertrauen des Auslandes zu Polen verloren gegangen sei. Den Vorwurf des Staatsverrats und der Illegalität müßten die Deutschen mit aller Energie zurückweisen. Die Deutschen hätten sich nicht die geringste Illegalität zuschulden kommen lassen. Jegliche Vorbehalte bei Zustimmung des Staatschusses und der Staatsfürsorge seien also ihnen gegenüber nicht am Platze. Andererseits müßten die deutschen Minderheiten aber auch mit aller Entschiedenheit betonen, daß sie es ablehnen, die Qualifikation eines lokalen Staatsbürgers dadurch zu erwerben, daß sie ihr Volkstum verleugnen. Sie müßten das Recht für sich in Anspruch nehmen, auf das deutsche Volkstum stolz zu sein und es pflegen zu dürfen; auch als lokaler polnischer Staatsbürger. Spidermann wandte sich dann der Frage des deutschen Schulwesens zu, und schilderte die Mittel, mit denen polnische Behörden die deutschen Schulen zu erschlagen trachten. Alle Ziele dieser Behörden gipfelten darin, die alten deutschen Kulturschätten zu vernichten und die Polonisierung unserer Kinder einzuleiten. So sieht die Freiheit in der Pflege unserer kulturellen Eigenart, die uns der Herr Ministerpräsident zugesagt hat, in Wirklichkeit aus. Die polnischen Behörden hätten sich bisher über den Spruch des Völkerbundes in der Frage der Domänenpächter einfach hinweggesetzt. Die Regierung müsse jetzt endlich dünnige und konkrete Zusagen machen.

Dann zur Außenpolitik übergehend, stellte Abg. Spidermann die Ausführungen des Ministerpräsidenten, der sich von einer Vertiefung des Bündnisses mit Frankreich eine Sicherung des europäischen Gleichgewichts verspricht, einer Politik der realen Notwendigkeiten gegenüber. Er erörterte die Frage, ob Polen nicht besser täte, mehr als bisher seiner Lage in Osteuropa Rechnung zu tragen. Für Polen gerade ergäbe sich aus seiner geographischen Lage mit zwingender Notwendigkeit der enge Anschluß an seine viel größeren Nachbarstaaten Deutschland und Rußland. Polen sei heute der gefährdeste und gefestigste unter den drei Staaten, und der Redner fragte, ob es daher nicht gerade an ihm wäre, den Weg zu einem freundschaftlichen Verhältnis vorzubereiten. Mit solchem Tun wäre das Gleichgewicht Europas besser gesichert, als durch Bajonetten und Kanonen.

Zum Schluß forderte der Abg. Spidermann einen schnelleren Fortgang der Dresdener Verhandlungen, bei denen die Deutschen in Polen wiederum auch nur Objekt der Verhandlungen seien. Er verlangte, daß die Interessen der Deutschen nicht mit irgendwelchen Wirtschaftswerten als willkommenes Austauschobjekt angesprochen würden. Polen werde sich seiner Staatsbürger deutschen Stammes, denen es seine Fürsorge zuwenden, nicht zu schämen brauchen. Jeder von ihnen sei mit seiner Person das beste Unterpfand für ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis zum deutschen Nachbarlande.

Reicher Beifall lohnte die würdige und gehaltvolle Erklärung Spidermanns.

Nach Spidermann nahm Korfanti das Wort. Er wußte auch recht nichts Besseres vom Stapel zu lassen, als eine seiner üblichen Ausrüttungssepielen. Zwar, meinte er, erkenne seine Partei Rechte für die Minderheiten an, aber was die Deutschen und Juden verlangten, sei übertrieben. Es sei Polens gutes Recht, sich der Deutschen zu entledigen, und die Angehörigen eines Volkes, das früher selbst eine Ausrottungspolitik gegen die Polen betrieben habe, sollten sich jetzt nicht anmaßen, gegen die Anwendung ähnlicher Mittel gegen sie zu wettern.

Nachdem die Sitzung dann durch eine längere Mittagspause unterbrochen worden war, kamen unter anderem noch die Vertreter der Weißrussen, Ruthenen und Ukrainer, sowie der Abg. Olsza zu Worte.

Erst gegen 3 Uhr abends betrat Sikorski erneut die Rednertribüne, um auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu antworten. Es muß betont werden, daß bei aller berechtigten Vorsicht, die die Minderheiten gegen die Regierung Sikorski walten müssen, der Schneid und die zielbewusste Energie, die sowohl im Auftreten des jungen Ministerpräsidenten, als auch in seiner Art zu sprechen zum Ausdruck kommt, imponiert und sogar Vertrauen erwecken konnte. Wie schon beim Vortrage seines Programms zeigte sich auch jetzt, daß der Ministerpräsident ein geschickter Redner ist, klar und einfach das sagt, was er denkt, und seine Umschweife macht. Man ist deshalb mehr als bei allen seinen Vorgängern versucht, an die Versprechungen zu glauben, und man möchte aufrichtig wünschen, daß Sikorski imstande wäre, die Gedankenfänge, die er in seinen Ausführungen entwickelte, zu verwirklichen. Er antwortete, daß er in seinem Exposé nur in großen Zügen den Weg gezeigt habe, den er gehen wolle. Er versprach dann, auf Einzelheiten eingehend, ein neues Gesetz zur Regelung der Landreform. — Dann wandte er sich den Minderheiten zu und betonte, die Juden sollten in Zukunft ihre Loyalität beweisen und nicht nur davon sprechen. Wenn sie ihre Pflichten genau so erfüllten, wie jeder Pole sie erfüllte, dann würden sie unter seiner Regierung auch die vollen Rechte haben, wie sie die Konstitution verspreche. Sich den Deutschen zuwendend, sagte er mit einer etwas brutalen Offenheit: „Angehörige eines Volkes, das auf einer so hohen Kulturstufe steht wie das deutsche, Angehörige eines so gemäßigten Staates, wie es Deutschland war, würden mit Verachtung auf Polen schauen, wollten es anders handeln, als es jetzt tut.“ „Aber“, so fuhr er fort — und auf dieses Wort werden sich die Deutschen mit aller Entschiedenheit zu stützen haben — „abgeschlossene Verträge, eingegangene Verpflichtungen werden unter meiner Regierung gehalten und realisiert werden.“

Wir wollen hoffen, daß dieses Wort des Ministerpräsidenten Sikorski eine Brücke wird, die wir vertrauensvoll beschreiten können. Wenn das wirklich der Fall sein sollte, wird Polen sehr bald erfahren, daß seine deutschstämmigen Staatsbürger nichts anderes wünschen, als loyal am Aufbau des polnischen Staates mitzuarbeiten, und daß sie bestrebt sind, ebenso gute Staatsbürger zu sein wie alle übrigen Einwohner dieses Landes.

Sikorskis Senatsrede.

In der Programmrede, die der Ministerpräsident im Senat hielt, sagte er über die Finanzlage Polens:

Die Frage einer Hebung des Finanzwesens wird nicht immer mit Ruhe behandelt. Diese Krankheit ist eine schwere und verhängende, die eine langsame Heilung erfordert. Alle in der ganzen Republik ertösenden Rufe, alle Ungehebel, die im Laufe von fünf Wochen die Städte heilen, die Teuerung bekämpfen, das Wirtschaftssystem stärken und das, was ganze Jahre verdorben haben, aufbessern möchten, ist Demagogie, die in vielen Fällen für Polen schädlich sein kann. Wir haben finanzielle und wirtschaftliche Krisen, an denen der ganze Kontinent krankt. In Europa werden manche Staaten mit wertlosem Papier überflutet, während die anderen an Goldüberfluß kranken. Die Konsequenz dieser Situation ist klar, wenn wir begreifen, daß Polen sich zwischen Deutschland, dem Reim der tödlichen Krankheit Europas, und dem finanzwirtschaftlich anarchoisierten Rußland befindet. Der Traum, es müsse ein Wunderdokter gefunden werden, der das heutige Geschehen von den beiden beiseite würde, oder andererseits selbstmörderische Verträge von allem für irgend etwas und die Schaffung von Grundblauen zur Beruhigung der Faustheit und des Opferangels für die Republik, sind Trümler. Die ersten Männer des Volkes sagten mir, sie könnten diesen Zustand, diese finsternen Anschauungen, nicht begreifen, und behaupten, Polen müsse sich zur Schaffung von Grundblauen des Gleichgewichts ausschwingen, und dann werde es nicht nötig haben, um Hilfe und Almosen zu bitten und darauf zu warten, daß fremde Kaufleute, die darin ihr Geschäft sehen, sich selbst einfinden werden, um ihm eine Hilfe in Form einer auswärtigen Anleihe anzubieten. Die früheren polnischen Fehler, die Polen zu Fall brachten, müssen vermieden werden, da wir uns sonst an den klügsten Geschlechtern verhängen. Es müssen Opfer gebracht werden, wobei mit

der Sparankeit begonnen wird. Die Sparankeit darf nicht mechanisch sein. Die Steuern müssen regelmäßig eintreffen.

Unsere ganze Industrie stützt sich ausschließlich auf staatliche Kredite, die bereits einhundert Milliarden erreichen.

Wenn wir die Schulden des Staates in der Landesbankkassette Anfang 1920 mit 100 angeben, erhalten wir weiterhin folgende Ziffern:

| | |
|-------------|------|
| Januar 1920 | 100 |
| 1921 | 828 |
| 1922 | 2080 |

Dezember 1922 — 7500

Der Durchschnittskurs des Dollars betrug im

| | |
|-------------|------|
| Januar 1920 | 100 |
| 1921 | 576 |
| 1922 | 2324 |

Juni 1922 — 8229

Dezember 1922 — 13000.

Das augenblickliche Steigen des Dollars ist Ihnen gut bekannt. Der Umlauf der Willeits in der Bankkassette betrug in denselben Verhältnissen

| | |
|------------------|--------|
| im Januar 1921 | 827 |
| im Januar 1922 | 4189 |
| im Dezember 1922 | 12248. |

Bringen wir uns zum Bewusstsein, daß das Budget für 1923 auf 5000 Milliarden berechnet ist, und augenblicklich sind 800 Milliarden Markt im Dreck, dann sind die Konsequenzen dieses Zustandes erschütternd. Es ist die allerhöchste Zeit, zu einer gründlichen Besserung der Verhältnisse zu schreiten, da die Lamine, die in sehr kurzer Zeit über Polen niedergehen könnte, in Zukunft nicht aufgehalten werden könnte.

Der Premier besprach darauf die auswärtige Lage und das Bündnis mit Frankreich und sagte: Die polnische Politik kann nicht anders als friedlich sein. Durch die Befestigung Memels darf das Interesse Polens nicht verletzt werden.

Zum Schluß forderte der Premier den Senat zur Zusammenarbeit mit der Regierung auf. Zum Pessimismus sei kein Anlaß vorhanden.

Die Senatsausschüsse.

Zu ihren Vorsitzenden wählten die einzelnen Senatsausschüsse folgende Senatoren: der Geschäftsausschuss — Sen. Lubieński, der Wirtschaftsausschuss — Sen. Siedziński, der Finanz- und Haushaltsausschuss — Sen. Madziński, der Rechts- und Verwaltungsausschuss — Sen. Adamowski, der Rechtsausschuss — Sen. Ryngel, der Unterweltschuss — Sen. Kulinowski, der Auslandsausschuss — Sen. Kulinowski (Vertreter Bialy).

Entwerfer des Senatsmandats oder die geistliche Würde.

Wie die „Gazeta Poranna“ mitteilt, hat der Apostolische Stuhl kategorisch geordert, daß der Erzbischof Teodorowicz und der Bischof Sapieha die bei der Senatswahl erlangten Mandate niederlegen. Die Forderung stützt sich auf die Beschlässe der Kurie vom April vorigen Jahres, in der die Bewerbung hoher geistlicher Würdenträger um ein parlamentarisches Mandat von der Zustimmung des Apostolischen Stuhles abhängig gemacht wird. Diese Zustimmung haben die beiden kirchlichen Würdenträger bei den Senatswahlen nicht erlangt. Erzbischof Teodorowicz und Bischof Sapieha sind Mitglieder des Reichstages.

Senat und Staatspräsident.

Auf dem Bankett, das der Staatspräsident Wojciechowski im Belvedere veranstaltet hat, und an dem Vertreter aller Parteien teilgenommen haben, hat der Präsident folgende Rede gehalten: Seit dem 18. Jahrhundert ist man an der Arbeit, die Form des polnischen Parlamentarismus festzulegen. Wenn ein Gesetz verabschiedet werden sollte, müßte das Einverständnis der Abgeordneten, Senatoren und des Staatsoberhauptes vorliegen. Lange Jahre hat man auf diese Einmütigkeit keinen Wert gelegt, weil die öffentliche Meinung diese Einmütigkeit garantierte und die genannten Faktoren veranlaßte, zum Wohle der Republik Zugeständnisse zu machen. Mit der Zeit hat die Bedeutung des Staatsoberhauptes abgenommen und ebenso die des Senates, und unsere heute Verfassung sagt im 35. Artikel, daß der Präsident die Verabschiedung eines Gesetzes in dem durch den Sejm beschlossenen Wortlaut verordnet, wenn der Sejm die Verbesserungen des Senates mit elf Zwanzigstel der Stimmen zurückweist. Der Senat kann jedoch seine Anteilnahme an der Gesetzgebung bedeutend stärken durch seinen moralischen Einfluß auf die Behörden des Staates. Ich möchte in Ihnen, meine Herren, wahrhafte „vir boni“ finden, die sich stets leiten lassen von der Sorge um das Wohl der Republik, und Ihnen, Herr Marschall, rufe ich zu: Es lebe der Senat!

In seiner Antwort betonte Trampczyński, daß alle Übel aus dem gegenseitigen Mißtrauen unter den Parteien her-

rühren. Der Herr Präsident hat in unser öffentliches Leben wieder gegenseitiges Vertrauen gebracht und deshalb sofort das volle Vertrauen der ganzen Nation für seine guten Absichten gefunden.

Glubinski Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Sejm.

Zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses wurde in der Montagsitzung des Sejmatschusses der Abg. Glubinski gewählt. Vorsitzender des Finanzausschusses wurde der Abg. Ostrowski von der Dubanowiczgruppe. Die Stellvertreterhaft ist gegenseitig.

Die evangelischen Polen

In Podz nahmen am Sonntag einen Bericht über die Tagung der evangelisch-lutherischen Synode in Warschau entgegen und veranordneten eine strenge Aufsicht über die evangelischen Schulen mit deutscher Unterrichtsprache. Es wurde die Schaffung einer besonderen Organisation für nötig erachtet und ein Ausschuss mit Herrn Meißner an der Spitze gewählt.

Der Kampf gegen die Teuerung.

In der Montagsitzung des Sejmatschusses für den Kampf gegen die Teuerung legten Vertreter des Statistischen Hauptbroses statistische Angaben über den Getreideverbrauch und die Preissteigerung vor. Während vor dem Kriege auf den Kopf 200 kg kamen, waren es im Vorjahre 183 kg. Die Preise sind im Vergleich zum Jahre 1914 für Roggen um das 550fache gestiegen, für Weizen um das 340fache, für Gerste um das 1140fache, für Weizen um das 4470fache, für Hafer um das 4195fache für Weizenmehl um das 660fache, für Gerste um das 3770fache, Erbsen um das 4440fache, Erbsen um das 4470fache, fertige Anzüge um das 4200fache.

Die achtprozentige Staats-Goldanleihe.

Der Emissionspreis der achtprozentigen Staats-Goldanleihe ist durch Ministerialverordnung vom 17. Januar vom 22. Januar ab dahin geändert worden, daß der polnische Gulden bei den Berechnungen in 3500 M. angenommen wird. Das macht für eine Obligation von 10.000 M. und 10.000 Gulden den Wert von 45.000 M., für eine Obligation von 50.000 M. und 50.000 Gulden einen Wert von 225.000 M.

Gründung einer polnisch-estnisch-lettisch-finnischen Handelskammer.

Der bei der polnischen Schiffahrtsliga geschaffene Ausschuss für baltische Fragen beschließt in der nächsten Woche eine Sitzung abzuhalten, die der Organisation einer polnisch-estnisch-lettisch-finnischen Handelskammer gewidmet sein soll. An dieser Frage haben sich die Konsulate der Baltischen Staaten in Warschau eingehend beschäftigt und sich bereit erklärt, mit Informationen zu dienen.

Die Zahl der Einwohner Brombergs

betrug nach einer Berechnung des „Dziennik Bydgoski“ am 1. Dezember 1922 (mit Militärpersonen) 99.082. Es kann angenommen werden, daß gegenwärtig die Zahl 100.000 überschritten ist. Bromberg steht dann unter den Städten Polens an sechster Stelle.

Die Aufhebung der Beschlagnahme der „Mysl Narodowa“.

Die „Gazeta Poranna“ meldet, daß das Appellationsgericht am Montag die Entscheidung des Verwaltungsgerichts über die Aufhebung der Beschlagnahme der „Mysl Narodowa“ bestätigt hat.

Aus der polnischen Presse.

Zur Sejmprogrammrede des Ministerpräsidenten nimmt im „Raz Kurjer“ der jüdische Abgeordnete Hartglas mit folgenden Ausführungen Stellung: „Der Ministerpräsident, ein österreichischer Pole, hat durch seine Reden bewiesen, daß er sich von den österreichischen Traditionen noch nicht freigemacht hat, und daß er im wiederbelebten Polen den Grundsatz Franz Josefs anwenden will: „Divide et impera“ (Teile und herrsche). Aber was die polnischen Österreicher, die Schüler Metternichs, geschäftig und glatt machen, das ist bei General Sikorski plump aus: echt militärisch. Das scheint ihm so bündelnder, als — wie böse Jungen behaupten — Urheber jenes Abkommens über die Minderheiten völlig unmilitärische Menschen waren, sehr zivil und sehr pseudolinke Männer. Der „Kurjer Warszawski“ schreibt: „Sikorskis glücklicher Abschnitt war der über die nationalen Minderheiten. Aber nicht jedes Lob ist vorteilhaft für den Gelobten; dieses Lob sicher nicht. Der Herr General hat getreu den habsburgischen Überlieferungen die nationalen Minderheiten in drei Gruppen geteilt: solche, die man lobt, solche, die man tadelt und solche, von denen man schweigt. Am allerwenigsten zufrieden war, so scheint es wenigstens, die Gruppe, die er gelobt hat, da ein ungeschicktes Lob oft mehr schadet, als ein geschickter Tadel. Über das tiefe politische Verständnis des Ministerpräsidenten braucht man gar nicht verschiedener Meinung zu sein. Man braucht kein Meternich zu sein, um über diese Ausführungen zu lächeln, sondern man muß Mackiawelli sein, im Stile eines Lutoslawski, um solche Fehltritte anzuerkennen. Der Ministerpräsident erachtete es als

sehr geschickt, die nationalen Minderheiten unter sich uneinig zu machen, vergaß jedoch dabei, daß diese Minderheiten nicht durch Wraufen, sondern nur durch politische Taten uneinig gemacht werden können, und diese realen politischen Taten sind immer noch die gleichen im Verhältnis zu den gelobten und zu den getadelten und selbst zu den mit Still-schweigen übergangenen, einheitlich im negativen Sinne. Ich zweifle auch daran, daß die Anwendung dieser verschiedenen Politik den Minderheiten gegenüber Erfolg haben wird. Die könnte ja die Bande lockern, durch die das traurige Leben der verschiedenen Minderheiten mit verschiedenen Strebungen geeinigt hat, aber gleichzeitig müßte sie auch Polen schwächen, da ein großer Teil der Bevölkerung dadurch uneins gemacht wird. In Polen darf nicht die österreichische Art zu regieren angewandt werden; man darf nicht zwischen den Polen einerseits und den Minderheiten andererseits eine Mauer aufbauen, und weiter ist es unzweckmäßig, die Minderheiten in Kategorien zu teilen. Nicht durch Teilen kann Polen wieder aufgebaut werden, sondern durch Einig-machen. Allen gleiche Rechte geben, die gleichermäßen die Besonderheiten, die nationalen und kulturellen Eigentümlichkeiten der Bürger berücksichtigen, und alle zu gemeinsamer Arbeit zusammenspannen, das müßte das Programm der Regierung in Bezug auf die Minderheiten sein. Das Programm Sikorskis bezieht sich leider auf einer anderen Linie: Gleiche Pflichten, aber nicht gleiche Rechte! Auf diesem Wege wird er nicht weit kommen.“

Polen und die Memelfrage.

In der Dienstag-Sitzung des Auslandsausschusses des Sejm sprach der Chef der Ostabteilung, Lutasiewicz, über den Standpunkt der polnischen Regierung in der Memeler Frage. Nach der Aussprache wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

1. Der Auslandsausschuss stellt fest, daß der litauische Überfall auf Memel die Existenz des Versailler Vertrages bedroht. Der litauische Anschlag auf Memel muß, wenn er nicht katastrophale Folgen nach sich ziehen soll, sofort vom Völkerbund liquidiert werden.
2. Der Auslandsausschuss erklärt, daß sich Polen niemals mit der Einnahme Memels durch die Litauer abfinden wird, weil diese Tatsache den Interessen Polens zuwider läuft.
3. Der Auslandsausschuss ist überzeugt, daß der Anschlag der Litauer auf Memel keineswegs die Entscheidung der Memeler Frage durch den Völkerbund beeinflussen wird, daß dieser die Frage der nationalen Minderheiten in Memel gemäß dem Vorschlag Polens erledigen und Polens Interessen an diesem Hafen garantieren wird, um so mehr, als die Verbindung Polens mit der Ostsee über Danzig völlig unbefriedigend ist.

Die Vorbereitungen zu der Kattowitzer Industrieausstellung.

Schon seit einigen Tagen hat die Direktion der polnischen Ausstellungsgesellschaft die Organisationsarbeiten aufgenommen, sie gehen rasch voran. Das Bureau der Gesellschaft befindet sich, wie schon gemeldet, in Kattowitz, Goltzstraße 7, 3 Treppen.

Die Expeditionsfirma E. Hartwig, die den Transport der auszustellenden Gegenstände herbeiführt, meldet jeden Tag das Eintreffen von solchen und befördert dieselben zu den Ausstellungs-räumen. Die drei Ausstellungsgebäude sind: das katholische Vereinshaus bei der Marienkirche, das Kabarett „Gremi-tage“, früher Kattowitzer Kesselfabrik in der Heinkelstraße 8 und die Turnhalle der Mädchen-Mittelschule in der Schulstraße. In den genannten Räumen wird eifrig an der Einrichtung und Dekorierung gearbeitet. Auch die Bureaus, welche während der Messe benutzt werden sollen, gehen der Fertigstellung entgegen.

Eine beträchtliche Anzahl der Aussteller ist in Kattowitz bereits eingetroffen und befaßt sich mit dem Herrichten der Räume.

Nicht befriedigend hat sich auch die Wohnungsfrage gestaltet. Das Wohnungskomitee der Ausstellungsgesellschaft hatte in sämtlichen in der Wojewodschaft Schliesien erscheinenden Zeitungen einen Aufruf erlassen mit der Bitte, freistehende oder sonst verfügbare Zimmer für die Aussteller bereit zu stellen und im Bureau der Ausstellungsgesellschaft anzumelden. Dieser Bitte hat ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in entgegenkommender Weise entsprochen. Es besteht jetzt keine Befürchtung mehr, daß Messebesucher keine Unterkunft finden.

Ein Kattowitzer Blatt brachte die Nachricht, daß die Ausstellung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wäre. Demgegenüber kann bemerkt werden, daß dies den Tatsachen nicht entspricht und daß die Ausstellung am 28. Januar beginnt und bis 11. Februar dauern wird. Die feierliche Eröffnung der Messe findet am Sonntag, dem 28. Januar, statt. An der Eröffnungsfeier nehmen alle höheren Behörden der Regierungshauptstadt und der Provinz teil.

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Dunder, Berlin.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(6. Fortsetzung.) (Nachdruck unterlagt.)

So kam es, daß Loisl eines Tages aus eigenem Antrieb Fernleitner vorschlug, er wolle ihn zu seinem Großbauer nach Wildenreuth geleiten, mit dem er über den Ankauf der stehenden oder über einen Bau neuer Almhütten verhandeln könnte.

Über Fernleitners Anstich glitt ein glückliches Leuchten, als er in Loisl den neugewonnenen Verbündeten erkannte. Hastig drängte er zu Tal, denn ihm lag alles daran, greifbare Grundlagen für die Ausführung seines Planes zu gewinnen, und auch Loisl war bestrebt seinen neuen Freunde die Wege so rasch als möglich zu ebnen.

So schritten sie denn noch am nämlichen Tage den schwindelnden Jägersteig an den Hängen entlang, der zu dem Dorf Wildenreuth führte. Er lag eng und auf turgem Boden gebaut zwischen den Verschneidungen zweier Berggallen; zu Häupten standen düster drohend wilde Abhänge, und im Winter mahnte das Krachen der Lawinen seine Bewohner daran, daß sie tollkühn und in Todesverachtung ihr Heim aufgeschlagen hatten, wo es gefährlich war, zu wohnen. Ein hartes, zähes Geschlecht bevölkerte die kleinen Häuser; wort-fähig und arbeitfam verbrachte es seine Tage, trotz dem Boden ab, was er irgend zu geben vermochte und rang sich unter Gefahren und mit viel Schweiß durch ein Leben voll Arbeit. Reichtümer sammelten sie nicht, die in den niedrigen Hütten wohnten, aber sie hatten ihr Auskommen und waren stolz darauf, ihre Wiesen und Felder, ihre Almen, Watten und Wälder in dem Gebiet des Königs der Gegend zu haben.

Loisls Großbauer war ein rüstiger Siebziger, dessen ehedem blondes Haar nur leicht gebleicht war und dessen Rücken sich der Last der Jahre noch nicht gebeugt hatte.

Sein Sohn, ein starker Bierziger, hatte nichts von der Unrast des Kronprinzen in sich, der auf den Tod des Königs wartet; er diente dem Vater als dessen erster Knecht und sein schlichter, unverdorbener Sinn erachtete es als eine Selbstverständlichkeit, daß er erst Herrscher wurde, wenn der Vater die Augen schloß. Dabei hatte er eine Frau und drei Kinder, deren Ältestes, ein frischer Burche, der eben zum Jüngling wurde, mit jeder Bewegung verriet, daß dieses Geschlecht nichts wußte von Entartung und Verfall.

Als Loisl mit Fernleitner, dem Fremdling, die niedrige Stube betrat, empfing ihn stolze Zurückhaltung und der stumme Beißel, Rechenheit zu geben, warum er an einem Wochentage die Alm verlassen hatte, um mit dem ungeliebten Gast zu Tal zu steigen.

Des Knechtes kurze, knappe Erklärung mißte das Verremden, und wenn Fernleitners Blick bei dem alten Kottbauer auch auf Verwunderung stieß, so hatte dessen Antwort doch keinen Beizeichenschmack feindlicher Abweisung. Zwar wollte auch er wissen, was Geisteskinder die Menschen waren, denen er Wohnrecht auf seiner Alm gewähren sollte. Aber Fernleitners frische Art zerstreute wie von selbst manches Bedenken, und als der alte Kottbauer nach seinem Sohne rief, um mit ihm die Sache zu besprechen, war er schon halb entschlossen, der Bitte des seltsamen Fremdlings zu willfahren.

Auch der junge Kottbauer hatte nichts Wesentliches dagegen, als er die Person des Gastes einer eingehenden Kautelung unterzogen hatte, und als sich Fernleitner vollends als ein Mensch erwies, der den bescheidenen Ansprüchen der Bauern nicht das kleinste Feilschen des Händlers entgegensetzte, fiel auch die letzte Zurückhaltung der biedernden Dörfler. Man lud den Fremdling zu Gast, ließ durch die Mägen herbringen, was Küche und Kammer zu bieten vermochten und besprach bei Speise und Trank die Einzelheiten der zu gründenden Waldkolonie.

Fernleitner konnte gern die große, leerstehende Almhütte haben, die ohnedies nie benötigt würde, meinte der alte Kott-

bauer. Und sein Sohn erbot sich sogar, Holz zu schlagen für neue Blockhütten, damit alle, die kommen wollten, reichlichen Raum für Unterkunft fänden. Und vor den Hütten, verbracht der Alte wieder, dürften sie Gärten anlegen für Blumen und Gemüse. Und der Junge erbot sich, alles Nötige für ausreichende Verpflegung veranlassen zu wollen.

Herzliches Einvernehmen knüpfte sich von Mann zu Mann; beginnendes Writen überbrückte die Luft des Fremden und schuf den Boden für gutes Auskommen in den bevorstehenden Sommerwochen. Als man sich trennte, schied man in Freundschaft, und der feste Händedruck, den die Bauern dem Städter boten, bekundete das Vertrauen, das sie zu ihm gewonnen hatten.

Fernleitners Plan, kaum erst gefaßt und in seinen Ausfängen beinahe abenteuerlich zu nennen, war gesichert.

III.

Ruth Marlow, Fernleitners jung angetrautes Weib, tanzte.

Die Fenster in Robert Volkners Atelier waren dicht verhängt; durch farbige Gläser flutete Licht in den Raum, am Flügel saß Wildenbrunner und spielte felsame, fremdländisch klingende Weisen. Und Ruth Marlow tanzte.

Ihre zierliche Gestalt schwebte über den kostbaren indischen Teppich in vollendeter Anmut, jede Bewegung atmete Musik; es war eine Lust, ihr zuzusehen.

Goldblonde, halblange Locken umringelten den feingeschulten Kopf, Arme und Beine waren bloß, den Körper umfing, elegant, ein Seidenhal.

Im weiten Gemach herrschte lautlose Stille, alle Blicke hingen gebannt an der holden Gestalt, die sich nach Wildenbrunners eigenartiger Musik drehte und wendete, schmeigte und bog, und nur Robert Volkner begnügte sich nicht mit stummer Bewunderung, sondern saß am Divan, Papier und Zeichenstift in der Hand und mühte sich, die markantesten Stellen im Bilde festzuhalten.

(Fortsetzung folgt.)

Der französische Mißerfolg im Ruhrgebiet.

Kleinlauter Stimmung in Paris.

Die Nachrichten über die Streikbewegung im Ruhrgebiet haben in Paris eine sehr kleinlauter Stimmung hervorgerufen, obgleich die amtlichen Stellen bemüht sind, die zu lösenden Schwierigkeiten gering erscheinen zu lassen. Die allgemeine Auffassung der französischen politischen Kreise geht heute dahin, daß die Regierung mit einem derartigen Widerstand auf deutscher Seite nicht gerechnet und die Aktion nicht entsprechend vorbereitet habe. Diese Ansicht kommt auch immer öfter in der Presse zum Ausdruck, so Montag früh besonders im „Echo national“, in dessen Leitartikel Lardieu dem Kabinett Poincaré seine falschen Berechnungen drohend vorhält. Poincaré selbst hat seit Beginn der Ruhrbesetzung vorsichtiges Schweigen über diese Frage beobachtet.

Die Minister haben sich Sonntagabend nach der Beratung bei Poincaré, zu der auch Marschall Foch zugezogen war, den Pressevertretern gegenüber sehr zurückhaltend geäußert. Sie versicherten, die Lage sei weniger schlimm, als man nach den noch unbestätigten deutschen Meldungen über die Streikbewegung im Ruhrgebiet annehmen müsse. Alle Maßnahmen zur Verhütung schlimmer Folgen eines etwaigen Generalstreiks seien vorgesehen, und falls der nicht ernst zu nehmende Fall eintreten sollte, daß die 450 000 deutschen Arbeiter des Ruhrgebiets in den Ausstand träten, würde nach der Versicherung der französischen Minister die Möglichkeit vorhanden sein, die Gruben mit Hilfe von polnischen, italienischen und tschechischen Arbeitern instand zu halten. Eine längere Dauer eines etwaigen Generalstreiks wäre nach ihrer Ansicht schon deshalb ausgeschlossen, weil Deutschland nicht lange ohne die Ruhrkohle existieren könne. Weiter wurde angedeutet, daß Frankreich die Möglichkeit habe, in der Verproviantierungsfrage einen Druck auf die Vergleite des Industriegebietes auszuüben. Nach Versicherung mehrerer Morgenblätter soll die französische Regierung weiter daran denken, von der Rheinlandkommission die Ausweisung des deutschen Reichskommissars in Koblenz und der „preussischen Beamten“ aus dem Rheinlande zu fordern. Auch der Plan einer Poltschranke zwischen dem Ruhrgebiet und dem übrigen Deutschland taucht wieder auf, obgleich in hiesigen politischen Kreisen erklärt wurde, Frankreich habe mit Rücksicht auf englische und belgische Wünsche diesen Gedanken aufgegeben.

Die unbefugte Haltung Deutschlands.

Der deutsche Außenminister erklärte, daß Deutschland im Widerstand gegen den Friedensbruch Frankreichs unbefugsam verharre, daß es für Volk und Regierung keine andere Wahl gebe, da Deutschland, wenn es sich beuge, verloren wäre. Der gleiche Geist des passiven Widerstandes kommt in der ganzen Haltung der Bevölkerung im Ruhrgebiet zum Ausdruck und sowohl die Industriellen als auch die Arbeiterschaft sind in der Abwehr der Fremdbesatzung vollständig einmütig und erklären, selbst auf die äußerste Gefahr hin nicht nachgeben zu wollen.

Eine Erklärung der deutschen Studentenschaft.

Dem Reichstagsrat wurde am Freitag von Vertretern der Studentenschaft das seltene Versprechen abgegeben, unbeschadet der mannhaften und ehelichen Ausstrahlung der Gegenstände auf hochschulpolitischem Gebiet alles zu vermeiden, was die nationale Einigkeit fördern könnte. Der deutsche Student kenne nur einen Feind, den Feind in Waffen am Rhein und an der Ruhr.

Sympathiefindungen in Oesterreich.

In der letzten Sitzung des Bundesrats hielt Vorigender Dr. Nehrl, nachdem sich das Haus erhoben hatte, eine Rede in der er der Bedrängnis des deutschen Volkes gedachte und dem Reich den Ausdruck brüderlichen Mitgeföhls entbandte.

Auch im Wiener Gemeinderat kam es zu einer Kundgebung für Deutschland. Bürgermeister Neumann hielt eine Ansprache, in der er namens der Wiener Bevölkerung ihr Mitgeföhli für das deutsche Volk und der Entzürung über die Gewalttat im Ruhrgebiet Ausdruck gab.

In den Thyssen- und Stinnesgruben

ist der allgemeine Ausstand erklärt worden. Nach Meldungen deutscher Blätter sind ungefähr 65 000 Arbeiter Thyssens und 100 000 von den Betrieben Stinnes zum Reichen des Protestes gegen die Verhütung Thyssens, sowie verschiedener Direktoren und Abteilungsleitern in den Streik getreten.

Streik der Rheinschiffer.

Die in der Rheinschiffahrt beschäftigten Maschinisten und Heizer beschloßen einstimmig, die Kohlenschiffahrt auf dem Rhein stillzulegen und traten in den Ausstand.

Eisenbahnerstreik in Dortmund.

Die Eisenbahner des Dortmunder Hauptbahnhofes sind am Sonntag vormittag um 10 Uhr in den Streik getreten wegen der Verhaftung des Stationsvorstehers. Die Franzosen versuchten, mit ihrem Personal einen Zug abzulassen; man weiß aber nicht, wie weit dieser Zug gekommen ist. Auf dem Bahnhof Dortmund-Süd, sowie auf den Knotenpunkten Langendreer und Hörde traten am Nachmittag um 3 Uhr die Eisenbahner ebenfalls in den Streik wegen Verhaftung des Stationsvorstehers. Außerdem war eine französische Wache vor dem Bahnhof aufgestellt worden. Die Eisenbahner verlangten Zurückziehung der Wache und Freilassung des Stationsvorstehers. Diefem Verlangen haben die Franzosen entsprochen, so daß am Bahnhof Dortmund-Süd am Montag früh die Züge wieder fuhren. Die Reichsbankstelle in Dortmund hat Montag früh ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Zugeständnisse der Franzosen in Dortmund.

Die Franzosen haben sich infolge der geschlossenen Haltung der Eisenbahner zu großen Zugeständnissen bezüglich des Bahnverkehrs verstehen müssen. Auf dem Hauptbahnhof haben die Franzosen noch am Sonntagabend Plakate ausgehängt mit der Erklärung, daß die Verhaftung des Eisenbahn-Direktionspräsidenten nur auf einem Irrtum beruhe. Die Eisenbahner haben ihren Dienst wieder aufgenommen, nachdem die Franzosen folgende Bedingungen angenommen hatten: Kein französischer Posten darf mehr bei den Stellen sein.

Französische Wachen auf dem Bahnhof werden gebuldet wegen des Empfanges von Lebensmitteln für die Besatzung.

Das Aufpflanzen des Bajonettes auf das Ge wehr ist verboten.

Truppentransporte werden nicht ausgeladen.

Kohlenzüge werden nicht umgeleitet.

Es dürfen Verhaftungen höherer Beamten nicht mehr vorgenommen werden.

Verzögerung der Gyprehzüge Paris-Warschau.

Der Gyprehzug Paris-Warschau kam Montagabend infolge des Streiks der Dortmunder Eisenbahner mit mehrstün-

diger Verzögerung in Berlin an. Der Zug mußte nördlich des Ruhrgebiets umgeleitet werden.

Lokale Streikaktivität.

Eine Arbeiterversammlung von Vertretern des gesamten Ruhrgebiets erhob gegen die Besetzung Protest und beschloß folgendes: „Wo französische Soldaten eine Arbeitsstätte betreten und sich dort niederlassen, sollen die Arbeiter sofort ihre Tätigkeit einstellen.“ Allen Ansehn nach soll zunächst an die Stelle allgemeiner Arbeitsruhe diese lokale Streikaktivität treten.

Keine Telefonverbindungen für Franzosen.

Die passive Resistenz der gesamten Bevölkerung gegen die Franzosen macht immer weitere Fortschritte. Das Schisma des moralischen Widerstandes ist jetzt fast lückenlos ausgebaut worden. Neuerdings werden auch keine französischen militärischen Telefongespräche zugelassen. Wo die Franzosen in ihren Hotelzimmern eigene Telefone haben, sind ihnen von der Zentrale die Drähte durchgeschnitten worden.

Den Befehlungen des Reichspostministers gemäß weigern von Montag mittag an sämtliche Telefonvermittlungstellen des Ruhrgebiets Verbindungen, die von der französischen Besatzungsbehörde verlangt werden, herzustellen.

General Degoutte

hat für alle Verhaftungen deutscher Behörden an Beamte des neu besetzten Gebietes die Zensur einmündet. Angeblich soll die Besetzung von Münster beabsichtigt sein.

Beschlagnahme der städtischen Wälder um Wiesbaden.

Die Franzosen haben die städtischen Wälder um Wiesbaden beschlagnahmt. Magistrat und Stadtverordnete haben hiergegen seltlich protestiert und sich besonders beschwert, daß die Beschlagnahme der Wälder den Kredit der Stadt untergrabe.

Neue Verhaftungen.

Der Oberregierungsrat Dr. Offenbecker vom Mainzer Hauptzollamt wurde am Sonntag verhaftet. Seine Familie hat Anweisung erhalten, ihre Wohnung binnen vier Tagen zu räumen. Danach ist mit der Ausweisung des Beamten zu rechnen. Montag morgen wurden die Zoll-Oberinspektoren Korn und Wiesner vom Mainzer Hauptzollamt verhaftet. Ferner wurde der Leiter des Finanzamtes Aden II, Oberregierungsrat Sembach, und sein Stellvertreter, Regierungsrat Vasten, von einer Thoruna der Besatzungsbehörde verhaftet, weil sie dieser gegenüber erklärt hätten, sie würden der belgischen Regierung keinen Vorhub leisten und nur den Anordnungen der deutschen Behörden gehorchen. Daraufhin haben sämtliche Beamten und Angestellten des Finanzamtes ihre Tätigkeit eingestellt.

Am Mittwoch Verhandlung vor dem Mainzer Kriegsgericht.

Als der Tag der kriegsgerichtlichen Verhandlung gegen die von den Franzosen festgenommenen Industriellen des Ruhrgebiets ist nunmehr der Mittwoch bestimmt worden. Die Verhandlung wird um 9 Uhr vormittags beginnen. Gegen Dr. Schlutius und Raiffeisen ist noch kein Verhandlungstermin angesetzt worden, da die Akten noch nicht eingetroffen sein sollen.

Oberbergat Ahrens wieder in Essen.

Oberbergat Ahrens ist wieder in seiner Dienststelle in Buer eingetroffen. Es wurde ihm ein begeisterter Empfang bereitet. Er sollte ursprünglich am Sonnabend ebenso wie Geheimrat Raiffeisen abtransportiert werden. Im letzten Augenblick kam aber Gegenorder. Montag früh wurde er von einem Hauptmann und einem Major noch einmal vernommen und erneut gefragt, ob er Koks liefern wolle. Oberbergat Ahrens antwortete mit einem glatten Nein. Nach einem verlegenen Schweigen wurde ihm mitgeteilt, daß seine Freilassung gegen eine Kaution von 100 000 Mark verfügt sei.

Eine wichtige Versammlung der Arbeiterführer.

Außerhalb der Besatzungszone tagte eine Konferenz von Partei- und Gewerkschaftsbeamten aus dem alten und neuen Gebiet. Den Berliner Beschlüssen der Vorstände der sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages vom Freitag, daß die gefährdete Lage ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterbevölkerung erfordere und die Arbeiterschaft alles tun müsse, um die Abwehr des Einmarsches ins Ruhrgebiet durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen, wurde einstimmig beigeschlossen. Die Vertreter der verschiedenen Bezirke berichteten, daß überall die gesamte Arbeitnehmerschaft einheitlicher Wille beseele. Weder mit Drohungen, noch mit Versprechungen würden die Franzosen die Arbeiter ihrem Willen gefügig machen.

Vergebliche Versuche zur Bestechung der Arbeiterschaft.

Auf mehreren Staatsgehen erschienen plötzlich französische Ingenieure, die mit den Kohlenexpedienten und auch mit den Arbeitern in Fühlung zu kommen suchten. Es wurde dabei vergeblich versucht, die Arbeiter und Angestellten durch Versprechungen auf Gewinnbeteiligung und Beförderung zu gewinnen. Die Arbeiterschaft der Staatsgehen zeigt sich indessen wie die der Privatgehen zu einmütigem Widerstand entschlossen.

Die Ablöhnung der Ruhrarbeiter sichergestellt.

Die Ablöhnung der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet ist auf jeden Fall sichergestellt, so daß sich alle Sorgen um die Unterhaltung der Besatzungstruppen erübrigt.

Ein weiteres Arbeiterultimatum.

Wie der Betriebsrat der Thyssen-Werke haben auch Vertreter der Eisener Steinkohlen-Bergwerks A. S. eine Abordnung von zwei Angestellten und drei Arbeitern aller Abteilungen, auch der Kommunisten, nach Mainz entsandt, um zu fordern, daß der Generaldirektor Tengelmann binnen 48 Stunden freigelassen werde.

Kommunistenversammlungen in Essen.

In Essen fanden zwei kommunistische Versammlungen statt. Eine weitere große kommunistische Versammlung war für Montag 7 Uhr anberaumt. Alle diese Versammlungen finden mit Genehmigung der Besatzungsbehörde statt. Heute früh erklärten die Kommunisten in den Versammlungen, daß nach wie vor ihr Hauptkampf dem Kapitalismus gelte, und zwar gleichbedeutend dem französischen wie dem deutschen Kapital. Man ließ aber durchblicken, daß, wenn die Beamten streiken, dann auch die Besatzung in den Betrieben mitstreiken würden.

Mahnahmen gegen die Presse.

Gegen die Schriftleiter von niederrheinischen Tageszeitungen im besetzten Gebiet sind Verfahren seitens der belgischen Besatzungsbehörde

eingeleitet worden wegen ihrer Berichterstattung über die von den deutschen Parteien veranstalteten Trauerkundgebungen und den halbseitigen Proteststreik.

Verbote deutscher Zeitungen in Elsaß-Lothringen.

Nach einer Blättermeldung aus Straßburg sind die „Saarbrücker Zeitung“, die „Frankfurter Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und die „Völkische Zeitung“ in Elsaß-Lothringen verboten worden.

Ein politischer Mord in Paris.

In der Redaktion der royalistischen Zeitung „Action française“ ist Montag nachmittag gegen 3 Uhr ein politischer Mord verübt worden. Eine zwanzigjährige Anarchistin, Germaine Verthou, hat den Generalsekretär der „Action française“, Marius Plateau, dem sie unter einem Vorwande einen Besuch abstatte, durch fünf Revolverkugeln getötet. Sie versuchte dann Selbstmord zu verüben, brachte sich aber nur eine leichte Wunde bei.

Wegand kommt nicht ins Ruhrgebiet.

Die Nachricht von der Entsendung des Generals Wegand in das Ruhrgebiet wird dementiert, ebenso das Gerücht von der bevorstehenden Ernennung des Generals Manain zum Oberkommissar im Rheinland und Ruhrgebiet.

Die Haltung Englands.

Als Bonar Law beim Abschluß der Pariser Konferenz die Erklärung abgab, daß England die Politik Poincarés nicht mitmachen könne, da sie wirtschaftlich zu keinem günstigen Ergebnis führen werde, erwartete man, daß England im Falle einer Ruhrbesetzung gegen diesen Schritt förmlich protestieren werde. Diese Erwartung hat sich nicht bestätigt. Amerika allerdings hat protestiert, und zwar durch die Abberufung seiner Truppen aus dem Rheinlande. Bemerkenswert dabei ist, daß der Abtransport nicht auf dem kürzesten Wege, das heißt durch Belgien über Antwerpen stattfindet, sondern auf dem Umwege über Bremen, also durch Deutschland.

Einen englischen Protest hatte auch Poincaré gar nicht erwartet. Auferte er doch in der Kammer über die Ruhrbesetzung, daß England vielleicht binnen kurzem sich an dem französischen Schritt beteiligen werde, natürlich in der Annahme, daß Deutschland nachgeben und so der französische Angriff den erwünschten Erfolg haben werde. Im Einklang damit erklärte man in England anfangs, daß man das Ergebnis der französischen Aktion abwarten wolle, was doch nur soviel heißen kann, daß man sich im Falle eines deutschen Nachgebens nachträglich bei der Gewinnverteilung einstellen wolle, zunächst aber das Risiko scheue. Diese zweideutige und nicht ganz ehrliche Haltung kann für die englische Politik keine Achtung erwecken. Jetzt, wo der Mißerfolg der französischen im Ruhrgebiet deutlich sichtbar wird, und die Absicht Deutschlands zum entschlossenen Widerstand klar zutage tritt, zeigt sich auch in der englischen öffentlichen Meinung eine andere Haltung. Man sieht, daß die Haltung der Welt in der gegenwärtigen Krisis vor allen Dingen durch den Erfolg oder Mißerfolg des französischen Unternehmens bestimmt wird. Man vermutete jedenfalls anfangs stark, daß Deutschland gleich nachgeben werde und ist jetzt erstaunt, daß Deutschland von Compaigne und Versailles nicht mehr vorzufinden. Die „Times“ erklären, daß Deutschland zu festem Widerstande entschlossen ist, und daß angesichts der gegenwärtigen Lage das Reparationsproblem für unlösbar gelten müsse. Die Arbeiterpartei fordert Einschreiten gegen die französische Gewaltpolitik.

Trotz dieser Stimmen wäre es ganz und gar verfehlt, ein tatkräftiges Eingreifen oder auch nur einen Anlaß dazu von England zu erwarten. England steht auf dem Standpunkt, daß der Versailles Vertrag durch die französische Aktion nicht verletzt wurde. Der Abolatenkniff Poincarés wird ernsthaft anerkannt, und die 250 000 Mann nur als eine Schutztruppe für die paar Ingenieure angesehen.

Ein Unterstaatssekretär vom englischen Außenministerium erklärte kürzlich, Deutschland sei in England nach wie vor tief verhaßt und könne auf keine Unterstützung rechnen. Mit Recht erblickt Obsequus, der Leitartikler der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, in dieser Äußerung nur einen Versuch, die Stimme des Gewissens zu überbönen. Denn auf der Friedenskonferenz hat gerade England auf totale Entwaffnung Deutschlands gedrängt, während Frankreich, natürlich um für seine eigenen Nützlichkeiten einen Vorwand zu haben, Deutschland eine stärkere Armee lassen wollte. Die hauptsächlichsten Gründe, die gegen ein wirksames Eingreifen Englands zugunsten Deutschlands sprechen, sind die folgenden:

1. Hat England geradezu Furcht vor Frankreich, das heute bei weitem am stärksten von allen Staaten der Welt gerüstet und dessen Heer vor allem in technischer Beziehung vollendet ausgestattet ist. England selbst hat zu Lande abgerüstet, die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und, solange es nicht durch Frankreich direkt bedroht wird, wird es sich nicht zu einem energischen Widerstand aufraffen. Man würde im äußersten Falle sogar Frankreich die Oberherrschaft auf dem Festlande zugestehen. England würde dann, getreu dem Programm Bonar Laws, sich von der europäischen Politik ganz zurückziehen und nur noch Weltpolitik treiben. Daß im späteren Verlauf der Entwicklung ein Frankreich, das in napoleonischer Weise über Europa verfügte, England allenthalben die größten Schwierigkeiten machen würde, das sieht die kurzfristige englische Politik nicht ein.

2. Bedeutet die gegenwärtige Lage eine geschäftlich wirklich glänzende Konjunktur für die englische Kohlenindustrie, denn sowohl aus Deutschland wie aus Frankreich laufen gewaltige Kohlenbestellungen in England ein. Man sieht, daß beide Staaten mit einem Verlegen der Kohlenförderung in nächster Zeit, durch Generalstreik oder anderwie, rechnen. Die außerordentlich ungünstige Lage des englischen Kohlenbergbaus und der geschäftliche Stillstand, der noch vor kurzem so drückend gefühlt wurde, ist plötzlich zu Ende. In den britischen Kohlenhöfen herrscht große Tätigkeit. In Swansea werden jetzt täglich gegen 80 000 Tonnen Kohle und Patentbrennstoffe verladen. Davon gehen drei Viertel nach französischen Häfen. Am Sonnabend ging auch aus Swansea zum ersten Male seit dem Kriege ein Dampfer mit Kohlenladung für Deutschland ab. Die Konjunktur wird noch erhöht dadurch, daß kürzlich auch aus Amerika sehr große Aufträge eingingen. So ist die englische Bergwerksindustrie zurzeit beruht und macht sich keine Gedanken darüber, wie lange diese künstliche Hochkonjunktur dauern wird.

Im ganzen hat die englische Politik der letzten Jahre wenig Erfolge aufzuweisen. Dies kommt aber den englischen Politikern nur ganz allmählich zum Bewußtsein. Lloyd George war der erste. Wenn die Erkenntnis von den beängstigenden Forderungen sein wird, dann wird es zu spät sein, und die Gefährdung der englischen Weltmacht durch das schwererlastete Frankreich wird sich nicht mehr rückgängig machen lassen. Es ist ein eigentümliches Bewußtsein, zu sehen, wie ein Staat, dessen Bevölkerung immer durch ihre innerpolitische Reife gerührt wurde, außenpolitisch den Blick für das Notwendige und der eigenen Macht übersehen ganz und gar verloren hat.

Mitte November erschien bei einer Frau in Elachein im Kreise Groda ein Mann, der sich als Gerichtsdienier Grabowski aus Ostrowo vorstellte und erklärte, in der Lage zu sein, einem ihrer Söhne, der im Ostrower Gefängnisse saß, zur goldenen Freiheit zu verhelfen. Zu diesem Zwecke müsse sie jedoch eine größere Kaution leisten. Die Frau ging auf den Vorschlag ein, sandte ihm 200 000 M. und außerdem 600 M. als Entschädigung für seine persönlichen Unkosten und als Reisegeld ein. Eine Woche später erschien „Herr Grabowski“ wieder auf der Bildfläche und erklärte, die von der Frau gebotene Summe von 200 000 M. sei zu gering und gab ihr das Geld zurück. Bei den Verhandlungen über eine Erhöhung der Kaution erschien die er-

